

Bremische Bürgerschaft

Landtag

17. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde

1.

27.01.10

Auszahlung des Kindergeldes der im Bremer Strafvollzug inhaftierten Jugendlichen und Heranwachsenden

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Jugendliche und Heranwachsende sind derzeit im Bremer Strafvollzug inhaftiert, deren Eltern Kindergeld beziehen, und mit welchem Gesamtvolumen sind diese Kindergeldzahlungen zu beziffern?
2. Wie bewertet der Senat den Vorschlag der Berliner Justizsenatorin, durch eine Änderung des Einkommensteuergesetzes die Kindergeldzahlungen direkt an die Jugendvollzugsanstalten auszahlen zu lassen und damit eine bessere personelle und fachliche Ausstattung zu finanzieren?
3. Wie ist die bisherige Praxis in Bremen und gibt es Überlegungen, sich dem Berliner Vorschlag anzuschließen?

Dr. Oliver Möllenstädt, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP

2.

28.01.10

Abschiebungen nach Syrien überprüfen

Wir fragen den Senat:

1. Sind dem Senat Berichte bekannt, nach denen aus Deutschland nach Syrien abgeschobene Flüchtlinge nach ihrer Ankunft in Damaskus wegen des in Deutschland gestellten Asylantrags verhaftet wurden?
2. Sieht der Senat die Möglichkeit, auf Bundesebene einen generellen Abschiebestopp nach Syrien zu erwirken?
3. Wie ist die derzeitige Praxis in den Ausländerbehörden im Land Bremen bezüglich möglicher Abschiebungen nach Syrien?

Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

3. 08.02.10

Gewalt gegen Polizeibeamte

Ich frage den Senat:

1. Wie viele Übergriffe auf Polizeibeamte wurden 2009 im Land Bremen registriert?
2. Wie viele Polizeibeamte wurden durch diese Übergriffe verletzt?
3. Wie viele dieser Übergriffe waren Widerstandshandlungen nach § 113 StGB?

Jan Timke (BIW)

4. 09.02.10

Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt

Wir fragen den Senat:

1. Kam es im Zuge der Ankaufabsicht einer Datei mit Daten von Steuerhinterziehern/-innen mit Konten in der Schweiz zu Selbstanzeigen - und, wenn ja, wie viele - mutmaßlicher Steuer-Straftäter aus dem Bundesland Bremen?
2. Wie hoch sind in diesen Fällen die Steuernachforderungen und die zu vermutenden Geldstrafen?
3. Wie gedenkt der Senat zukünftig wirksamer der Steuerhinterziehung sowohl in geringer als auch in Millionenhöhe vorzubeugen?

Klaus-Rainer Rupp, Inga Nitz, Monique Troedel, Peter Erlanson
und Fraktion DIE LINKE.

5. 10.02.10

Kriminalität im Zusammenhang mit EC-Karten und Onlinebanking

Wir fragen den Senat:

Wie hat sich in den letzten drei Jahren die Kriminalität im Zusammenhang mit EC-Karten und Onlinebanking entwickelt?

Wie viele Fälle des sogenannten Phishing sind in Bremen zur Anzeige gebracht worden?

Wie reagieren die Strafverfolgungsbehörden organisatorisch auf die Zunahme von Straftaten, bei denen das Internet eine Rolle spielt?

Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

6.

10.02.10

Bremische Nachfolgeregelung zum Heimgesetz

Wir fragen den Senat:

Wann beabsichtigt der Senat, den zuständigen parlamentarischen Gremien sowie der Bremischen Bürgerschaft die bremische Nachfolgeregelung zum Heimgesetz vorzulegen?

Welchen Grund gibt es für die zeitliche Verzögerung der Einbringung der bremischen Nachfolgeregelung zum Heimgesetz?

Michael Bartels, Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

7.

17.02.10

Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Hartz-IV-(SGB II) Regelsätzen für Bremen

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu den SGB-II-Regelsätzen vom 9. Februar 2010?

2. Welche Konsequenzen und Handlungsnotwendigkeiten ergeben sich nach Ansicht des Senats daraus für Bremen?

3. Hat das Sozialressort den Katalog über die atypischen Regelungen bereits erstellt und wie ist der Stand?

Monique Troedel, Peter Erlanson und Fraktion DIE LINKE.

8.

17.02.10

Razzia in Bordellen

Wir fragen den Senat:

1. Welche Ressorts waren in Bremen an der Razzia beteiligt?

2. Ist in diesen beteiligten Ressorts bekannt, dass es in Bremen Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution gibt?
3. Wie ist sichergestellt worden, dass die betroffenen Frauen über die Beratungs- und Hilfsmöglichkeiten durch diese Beratungsstellen informiert worden sind?

Monique Troedel, Peter Erlanson und Fraktion DIE LINKE.